

349191 und für Anzeigen 341015



# Wo findet die Segel-Olympiade 1972 statt? / Kontroverse zwischen Kiel und Lübeck (Seite 5)

# Altet in deutschlandfrage

## Notparlament soll üben

Das in der noch ausstehenden Verfassungsfrage vorgesehene „Notparlament“ wird im kommenden Herbst probeweise zusammenzurufen. Das Bundesministerium bestätigte, daß der geplante „Gemeinsame Ausschuß“ — so heißt das Notparlament offiziell — während des NATO-Herbstmanövers „Fallex 66“ tätig werden soll.

Der „Gemeinsame Ausschuß“ ist in den Plänen der Bundesregierung für den Fall des äußeren Notstandes vorgesehen. Er soll gewährleisten, daß auch im Ernstfall eine parlamentarische Gesetzgebung und Kontrolle erhalten bleibt.

Der Ausschuß wird sich aus 22 Abgeordneten des Bundestages — 11 Abgeordnete der CDU/CSU, 6 der SPD und 5 der FDP — und je einem Vertreter der elf Bundesländer zusammensetzen. Nach Inkrafttreten der Verfassung soll der Ausschuß sofort seine Arbeit aufnehmen. Seine Mitglieder und deren Stellvertreter sollen sich dann ständig in Bonn aufhalten, damit das Gremium kurzfristig einberufen werden kann.

Durch das probeweise Zusammenrufen des im Gesetz noch zur nicht offiziell gewählten „Notparlament“ soll festgestellt werden, ob die geplante Gesetzgebung für den Notfall auch tatsächlich durchführbar ist.

Während CDU/CSU und FDP bereits grundsätzlich zugestimmt haben, scheinen bei der SPD allerdings noch Bedenken zu bestehen. Offenbar bezeichnen die Sozialdemokraten ihre Teilnahme an dem „Planisip“ könnte bereits als Zustimmung zur Notstandssetzung aufgefaßt werden.

## Jeder siebte Lehrstuhl bleibt unbesetzt

Jeder siebte Lehrstuhl ist zu Zeit an den Universitäten der Bundesrepublik unbesetzt. Bundesforschungsminister Stillerbergtelbtestera am 5. Juli in Bonn, daß im Wintersemester 1965/66 von 4398 Lehrstühlen 654 nicht besetzt waren.

## Menschlich gesehen

Als man ihm am Sonntagabend das Gelbe Trikot des Spitzreiters der Tour de France überstreifte, hatte er Tränen in den Augen. „Ein Traum meines Lebens hat sich erfüllt“, sagte Karlheinz Kunde, der nach Rudi Altig der zweite deutsche Trikotträger dieser Tour ist.

Der greckischblonde Kölner hatte es bisher als Profi des Radsports recht schwer. Als Amateur zählt er jahrelang zur Weltspitze, aber als er vor drei Jahren Profi wurde, beachtete man den Blondschof vom Rhein zunächst kaum. Mit seinen 1,59 Metern ist er fast einen Kopf kleiner als viele Kollegen aus Deutschland, Holland, Belgien und Frankreich und deshalb leicht zu übersehen. Lange Zeit mußte deshalb bei den Veranstaltern um Verträge kämpfen, und die bräuchte er dringend, um seine Schilddrüse, die er sich vor Jahren operieren ließ, zu ersetzen.

Bei der letztjährigen Tour — Kunde wurde im Gesamtklassement Elfter — fiel der Kölner als Kletterer auf. In den Alpen hielt er sich stets in der Spitze, und da er nur etwa 50 Kilo wiegt, nannten ihn seine Mannschaftskameraden bald den Bergfloh.

Flöhe machen große Sprünge, Kontakte Kunde, der als Rheinländer für seine Schlagfertigkeit und seinen Humor bekannt ist.

Zäh und energiegelicht ist dieser Bursche. Er gibt nicht auf, auch wenn ihm der Wind ins Gesicht bläst. Ein Magen-schmerz macht ihm oft zu schaffen. Aber es hat auch einen Vorteil. Es zwingt ihn zur Einhaltung einer strengen Diät mit Spezialbrot, Korinthen und Haferflocken, während andere Fahrer den Verlockungen der französischen Küche ausgesetzt sind. Kunde schwärmt von den Zeitfahren in der Ebene. Drum muß er jetzt in den Bergen Schlagen und Minuten sammeln, um später beim Eintreffen in Paris ein Wörtchen mitreden zu können.

# Ostgipfel?

## Geheimgespräche zwischen Sowjets und Rumänen

Bukarest, 5. Juli

Schon am ersten Tag der „roten Gipfelkonferenz“ in Bukarest scheint es zu einem schweren Konflikt gekommen zu sein. Unbestätigten Meldungen zufolge sollen sich die Rumänen für eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands und gegen die sterile Anti-Bonn-Politik ausgesprochen haben.

Die Zone, aber auch Polen und die Tschechoslowakei, sollen sich dieser Anregung heftig widersetzt haben.

Die erste Vollstzung der Konferenz dauerte überraschenderweise nur knapp eine Stunde. Dann kam es zu einem dreistündigen geheimen Gespräch zwischen den Sowjets und den Rumänen, so heißt es, habe sich strikt geweiheit, wieder einmal den angeblichen westdeutschen „Revanchismus“ zu



L. Breschnew

Nur eine Handvoll Rumänen stand gestern nachmittag vor dem schwarzen Eisen Tor des ehemaligen Königsschlosses, das heute „Palast der Republik“ heißt, um die Auftahrt der kommunistischen Prominenz zu beobachten. Als erster traf der gastgebende rumänische Parteichef Nicolae Ceausescu in einem Mercedes 600 ein. Alle übrigen Parteiführer — Breschnew, Ulbricht, Kadar, Gomułka, Nowotny und Schwchow — folgten in einem sowjetischen „Tschaiwa-Limousine“.

Auffallend groß war die Abordnung der Sowjet-Armee. Außer Verteidigungsminister Malinowski und dem Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes, Marschall Gretschow, fuhren drei hohe sowjetische Offiziere vor.

Die Zonen-Vertretung ist unbesetzt. Außer SED-Chef Ulbricht, Ministerpräsident Stoph, Außenminister Wintzer und Verteidigungsminister Hoffmann ist auch SED-„Kronprinz“ Erich Honecker.

## HSV setzt Belohnung aus

co. Hamburg, 5. Juli

Der Hamburger Sportverein hat 3000 D-Mark Belohnung zur Errettung des Mörder von Margarethe Ulbricht ausgesetzt. Auch die Staatsanwaltschaft in Kiel will noch eine Belohnung aussetzen.

Bei den Ermittlungen in diesem mysteriösen Mordfall hat die Kriminalpolizei ein Werkzeug gefunden. Sie teilte bisher jedoch nicht mit, um welches Werkzeug es sich handelt und wo es gefunden wurde.

## Demonstranten vor US-Generalkonsulat



Zu turbulenten Ausschreitungen kam es in den gestrigen Abend- und Nachstunden vor dem amerikanischen Generalkonsulat am Alsterufer. Rund 500 Demonstranten, offenbar angeführt von linksradikalen Elementen, protestierten gegen den Anschließ an eine Studentenkonferenz im von-Meile-Park gegen die amerikanische Vietnam-Politik. Als die Demon-



Ein Souvenir für die Braut

Souvenir, Souvenir! Wenn man mit dem Flugzeugträger „Randolph“ in Hamburg vor und dort Langdang hatte, kommt man nicht darum herum, zu Haus, jenseits des Großen Teiches, erwarten vor allem die Freundinnen, daß der Seeboot auch ein Mitbringsel für sie birgt. Möglichst „persönlich“ muß es sein, darüber waren sich unsere drei Marines klar. Nach langem Auswählen entschieden sie sich gestern in einem Hamburger Warenhaus für ganz „Persönliches“: für hochdünne Nachhemden. Und versicherten sich gegenseitig, daß ihnen wirklich nichts Hübscheres hätte einfallen können.

Foto: Gisela Foto

## Berlin stark befremdet über Bonner Ablehnung

Kommt es zum Streit über Passierschein-Regelung?

Von unserer Berliner Redaktion

wy. Berlin/wst. Bonn, 5. Juli

Mit starkem Befremden hat der Berliner Senat die Bonner Ablehnung der neuen Übereinkunft über die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten angenommen. Die Bundesregierung hatte dem Entwurf gestern nach längeren Beratungen ihre Zustimmung versagt und den Senat aufgefordert, neue Verhandlungen mit der DDR zu aufnehmen. Der Berliner Senat Zonen aufzunehmen. Der Berliner Senat Zonen aufzunehmen.

Wie heute früh zu erfahren war, wird sich der Senat aller Voraussicht nach vorerst weigern, dem Wunsch der Bundesregierung nach neuen Gesprächen mit Zonen-Staatssekretär Kohl nachzugesuchen.

Viele mehr soll zuerst versucht werden, die Bundesregierung doch noch davon zu überzeugen, daß der gegenwärtige Entwurf des Passierscheinabkommens unterzeichnet werden kann.

In Berlin wird es nicht für ausgeschlossen gehalten, daß es darüber in den nächsten Tagen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Senat und Bundesregierung kommt.

In Berlin ist man über die Haltung Bonns besonders deshalb enttäuscht, weil man nach der Zustimmung der Alliierten und des Bundesbevollmächtigten in Berlin, des Staatssekretärs Krauß, mit einer Zustimmung des Bundeskabinetts gerechnet hatte. Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Mattek erklärte: „Wir bringen kein Verständnis für die Entscheidung der Bundesregierung auf.“

Die Ablehnung des Entwurfs wird in Bonn damit begründet, daß darin auf die ausdrückliche Wiederaufnahme der sogenannten „Salvatorischen Klausel“ verzichtet wird. Diese Klausel besagt, daß zwischen Ost und West eine Einigung über die gegenseitigen Orts- und Amtsbeziehungen erzielt werden könne. Damit soll eine politische Anerkennung der Zone verhindert werden.

In dem von Senatsrat Korber und Zonen-Staatssekretär Kohl in der vergangenen Woche nach stundenlangen schwierigen Verhandlungen vereinbarten Entwurf wird lediglich auf das inzwischen abgefallene Passierscheinabkommen von 7. März Bezug genommen, das diese Klausel enthält.

Wie in Bonn dazu erklärt wurde, hat das Kabinett in seiner gestrigen Sitzung Verbesserungsvorschläge zu dem Abkommens-Entwurf erarbeitet und an den Berliner Senat weitergeleitet. In den Mitteilungen des Bundespreschens von Hase ging lediglich hervor, daß die Bundesregierung nicht innehmen wolle, daß der „politische Status quo gemindert“ werde.

## Kurz informiert

- Gemeinsame Entwicklungshilfe**
  - Für eine weitere Zusammenarbeit zwischen staatlicher und kirchlicher Entwicklungshilfe haben sich Kardinal Frings und Bundesminister Scheel ausgesprochen. Von den deutschen Katholiken sind durch Pastoralien seit 1959 rund 385 Millionen DM aufgebracht worden. (dpa)
- 200 Millionen Wohngeld**
  - Im ersten Halbjahr 1966 haben Bund und Länder 200 Millionen DM für Miet- und Lastenzuschüsse aufgewandt. (dpa)
- Peking lädt Touristen aus**
  - Im Telegramm an Pariser Reisebüros haben Pekinger Behörden geplante Touristenreisen nach China abgelehnt. Die Ausreise von Kardinal Paris auf die gesperrte Lage in Vietnam zurückgeführt. (SAD)
- Abkommen Zone—Peking**
  - Ein Protokoll über die technische wissenschaftliche Zusammenarbeit in den Jahren 1966 bis 1970 zwischen der Zone und Ost-China in Ost-Berlin unterzeichnet worden. (dpa)
- Vorbörse heute**
  - Knapp behauptet
  - Eigener Bericht
  - Hamburg, 5. Juli
  - Amtli 270 B (21 B), Bayer 290 B (232 B), Hoechst 388 G 390 B (390 B), AEG 368 G 370 B (370 B), Siemens 396 G 398 B (398 B), VW 412 G 414 B (412 B), VEB 169 G 171 B (171 B), junge Luft-hansa 238 G 240 B (239 B).

## Polizei verstärkt den Schutz für Kinder

co. Hamburg, 5. Juli

Ein neuer Sittenverbrechen an dem 14 Jahre alten Schüler Klaus J. von Ahrensburg hat heute früh die Hamburger Polizei alarmiert. Sie ordnete neue Maßnahmen an, um Jungen und Mädchen vor Verbrechen dieser Art besser als bisher schützen zu können. An alle Hamburger Eltern ergehen folgende Befehle:

- Ab sofort haben die Fußstreifen in besonderem Maße auf Personen an den Kinderspielflächen zu achten.
- Die Besatzungen der Funkstreifenwagen sollen besonders auf Kinder achten, die sich in Begleitung verdächtiger Männer befinden.
- Der Verkehrskasper stellt sich um. Er soll jetzt die Schauldrücker mit Nachdruck auf die Gefahren hinweisen, die von den sogenannten Mitschnackern ausgehen.
- Die Polizei appelliert außerdem eindringlich an alle Eltern: Jeden Tag die Kinder vor dem „lieben Onkel“ warnen und sie aufhalten über die Art der Verbrechen, die sich in letzter Zeit wieder häufen.

## Neue Attacke aus Prag

co. Hamburg, 5. Juli

Die Tschechoslowakei hat der Bundesregierung in einer amtlichen Erklärung abernals vorgeworfen, die ihrer Friedensnote vom März geäußerte Hoffung auf eine Verbesserung der bestehenden Beziehungen sei nicht ergebnislos geblieben.

Die Tschechen begründen diese Auffassung mit einem Hinweis auf Vertiebtrennen-Treffen in der Bundesrepublik. Die Bundesregierung habe sich von den dort vorgeschrittenen Abreden nicht distanzieren, sondern mehrere Bundesministern hätten sogar an diesen „revanchistischen Treffen“ teilgenommen.

## Keine Sicherheit bei Teilung

co. Hamburg, 5. Juli

Keine europäische Sicherheitsregelung kann das deutsche Problem lösen. Das erklärte der stellvertretende amerikanische Außenminister George Ball in einer Rede zum amerikanischen Unabhängigkeitstag.

Ball betonte, daß ein langfristiges Abkommen zwischen Deutschland und den westlichen Großmächten bedeuten würde. Ein geeintes Europa und die Partnerschaft mit den USA seien für das Bemühen um ein dauerhaftes Friedensregime im zweiten Weltkrieg unerlässlich.

## Rektoren beraten über Studienreform

co. Hamburg, 5. Juli

Die Rektoren der westdeutschen Universitäten beginnen heute in Hamburg mit dreitägigen Beratungen über die geplante Studienreform.

Der Plenarversammlung der westdeutschen Rektorenkonferenz liegt eine Reihe von Rektorenentwürfen des Wissenschaftsrates vor, der Mitte vergangener Monats unter anderem vorgeschlagen hat, das Hochschulstudium in drei in Stufen zu gliedern: ein Grundstudium für alle Studenten, ein Aufbaustudium für besonders qualifizierte Studenten und ein Kontaktstudium für die schon im Beruf stehenden Akademiker.

Andere Punkte der Tagesordnung auf der Hamburger Rektorenkonferenz sind die Volkshochschulherbildung, die Verlegung der Vorlesungszeiten und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.